Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 17. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 21.11.2022

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

5. Umsetzung der Fortschreibung des integrierten Klimaschutzkonzeptes - DS-Nr.: 5818 -

Die GRÜNE-Fraktion führte aus, dass die Beschlussergänzung des Ausschusses für Klima und Umwelt zeige, dass nicht nur ein Konzept beschlossen, sondern ein Prozess in Gang gesetzt werde, welcher sich auf die Umsetzung von Maßnahmen konzentriere. Man habe lange auf die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes gewartet, weshalb keine weiteren Berater- und Gutachterschleifen angestoßen werden sollten. Auf Basis des Konzeptes müsse man zügig effiziente Maßnahmen angehen. Deutliche Mängel weise allerdings die dem Konzept zugrundeliegende CO_2-Bilanzierung auf. Diese ermögliche u. a. keinen Vergleich mit anderen Kommunen und genüge daher nicht, um sich stetig zu verbessern und einzuordnen. Die CO_2-Einsparungsziele müssten viel ambitionierter sein und deshalb nochmals geprüft werden. Im Fachausschuss habe man sich darauf verständigt, dass die Verwaltung für 2023 ein Handlungsprogramm erarbeite. Der Gesamtprozess müsse eng durch die Lenkungsgruppe Klimaschutzkonzept sowie den Ausschuss für Klima und Umwelt begleitet werden.

Die SPD-Fraktion bedauerte, dass das Konzept auf alten Zahlen basiere. Für den nun begonnenen Weg sei der Kreis auch auf die Mitarbeit der Kommunen angewiesen. Es genüge nicht, das Klimaschutzkonzept lediglich zu verabschieden, vielmehr müsse man es mit Leben füllen und positiv in die Bevölkerung tragen. Seitens der Verwaltung sei zugesichert worden, das Vorwort für das Konzept, in dem stehe, dass der Landrat Zweifel an der Umsetzung habe, zu ändern. Man müsse in den Umwelt- und Klimaschutz investieren; um Maßnahmen umzusetzen, seien personelle Ressourcen erforderlich. Mit den Handlungsempfehlungen habe man sich ein ambitioniertes, aber alternativloses Ziel gesetzt.

Die AfD-Fraktion teilte mit, dass sie sich bei der Abstimmung im Fachausschuss enthalten habe, nunmehr aber das Konzept ablehnen werde. Zur Begründung führte sie an, dass sie eine im Ausschuss thematisierte Dekarbonisierung nicht mittragen könne, da sie darin zugleich einen Schritt in Richtung Deindustrialisierung sehe. Dass der Kreis gegen den Klimawandel steuern könne, möge vielleicht im Kleinen, nicht aber im Großen funktionieren; Länder wie China und Indien emittierten viel mehr als man hier jemals einsparen könne. Sie denke zudem nicht, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien die Bürger langfristig finanziell entlaste. Es handele sich um freiwillige Ausgaben und im kommenden Jahr habe man ganz andere Probleme, wie die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine oder die sich abzeichnende Rezession, zu bewältigen.

Die CDU-Fraktion trug vor, dass sie hinter dem Klimaschutzkonzept stehe und immer hinter den Maßnahmen gestanden habe, die der Kreis bereits in den letzten Jahren beispielgebend geleistet habe. Es handele sich um einen dynamischen Prozess, bei dem die zu erreichenden Ziele immer anspruchsvoller würden. Das Klimaschutzkonzept sei auch hinsichtlich der zugrundeliegenden Daten sehr solide und in

der Sitzung des Fachausschusses seien die Validität, Vergleichbarkeit sowie Solidität der Bemessungsgrundlagen glaubhaft dargelegt worden.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass der Fokus auf die regenerativen Energien gerichtet werden müsse, da der Kreis hier unter dem Durchschnitt liege. Des Weiteren könne vielleicht direkt mit der ein oder anderen Maßnahmenumsetzung begonnen werden. Aktuell sei ein guter Zeitpunkt, um auf die Sanierung von Altbauten aufmerksam zu machen sowie Gewerbetreibende zu Photovoltaikanlagen auf Gewerbedächern zu beraten.

Die CDU-Fraktion entgegnete auf die Äußerung der AfD-Fraktion, dass es nicht um ein finanzielles Entlastungspaket für die Bürger gehe, sondern um ein Entlastungspaket für Klimafolgeschäden. Die Haltung, dass es dringendere Aufgaben als den Klimaschutz gebe, habe ein Stück weit auch in die jetzige Situation geführt.

Die FDP-Fraktion führte aus, dass sie ebenfalls der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes zustimmen werde. Dies bedeute aber nicht, dass sie zukünftig jeder Maßnahme zustimmen werde. Das Konzept stelle einen Leitfaden dar, anhand dessen man in den kommenden Monaten und Jahren beraten werde. Die Haltung der AfD-Fraktion, dass andere Dinge wichtiger seien und andere Regionen den größeren Hebel hätten, sei fatal.

Die FWG-UWG-Fraktion erklärte, dass das Konzept zu 100 % tragfähig sei und sie daher dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Zugleich merkte sie an, dass angedachte Maßnahmen finanziell darstellbar sein müssten.

Die Verwaltung bedankte sich, dass dem Klimaschutzkonzept mit großer Mehrheit zugestimmt werde. Sie wolle u. a. bewährte Maßnahmen stärken sowie weiterentwickeln und nicht länger warten, sich mit der Klimafolgenanpassung auseinanderzusetzen. Selbstverständlich werde die Lenkungsgruppe Klimaschutzkonzept einbezogen. Des Weiteren informierte sie, dass man die kurzfristig erhaltene Stellungnahme der Bürgerinitiative nochmals aufgreifen werde.

Die AfD-Fraktion machte nochmals deutlich, dass sie den Schwerpunkt anders setze und die jetzt anstehenden massiven Probleme betrachte.

Die GRÜNE-Fraktion unterstützte die Äußerungen der CDU- und FDP-Fraktion zur Haltung der AfD-Fraktion. Sie teile die Auffassung der Verwaltung, dass der Fokus auf die Klimafolgenanpassung gelegt werden müsse. Des Weiteren machte sie darauf aufmerksam, dass neben den von der Verwaltung angesprochenen Aspekten Bauleitplanung und Gewässer auch die Grundwasserstände intensiv in den Blick genommen werden müssten.

Sodann verabschiedete der Kreisausschuss folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Der als Anlage beigefügten Fortschreibung des integrierten Klimaschutzkonzeptes wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des integrierten Klimaschutzkonzeptes vorbehaltlich der Mittelbereitstellung für das jeweilige Haushaltsjahr umzusetzen.

Mit dem Beschluss des Klimaschutzkonzeptes wird ein Prozess in Gang gesetzt, der sich schwerpunktmäßig mit der Umsetzung von Maßnahmen befasst und auch die weitere vertiefende Diskussion und ggfs. Ergänzung des Konzeptes beinhaltet.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme